

**Rede  
der kultuspolitischen Sprecherin**

**Kirsikka Lansmann, MdL**

zu TOP Nr. 34

Abschließende Beratung

**Unterstützung durch Klassenassistenzen im  
niedersächsischen Schulwesen verstärken - für einen  
inklusiven und effizienten Unterricht**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5646

während der Plenarsitzung vom 29.01.2026  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir beraten heute abschließend über einen Antrag, der auf den ersten Blick viel Zustimmung erfährt. Wer würde schon bestreiten, dass zusätzliche Unterstützung im Unterricht notwendig ist?

Wer würde nicht sagen: „Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für inklusive Bildung“?

Genau deshalb ist diese Debatte so sensibel. Denn bei guten Themen entscheidet nicht nur das Was, sondern vor allem das Wie und ob man ehrlich sagt, was möglich ist und was eben nicht möglich ist.

Ich möchte an dieser Stelle ganz klar sagen: Das Modell der Klassenassistentenz ist fachlich sinnvoll. Ich kenne es selbst sehr gut. In meinem Wahlkreis liegt die Grundschule am Lerchenberg in Wesendorf, die dieses Modell erprobt hat - wissenschaftlich begleitet, pädagogisch durchdacht, getragen von einem hoch engagierten Kollegium. Ich war nicht nur selbst mehrfach vor Ort, sondern auch mit dem damaligen Ministerpräsidenten Stephan Weil sowie mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem rot-grünen Arbeitskreis. Zudem bin ich mit der Schule und dem Landrat weiter in Kontakt, um gemeinsame Lösungen zu finden. Uns allen sind die positiven Aspekte von zusätzlichen, systematisch eingesetzten Klassenassistenten für eine Klasse bewusst: mehr Ruhe, mehr Lernatmosphäre, mehr Teilhabe, weniger Stigmatisierung.

Daher noch einmal ganz deutlich: Niemand in diesem Haus bestreitet diese positiven Effekte. Auch wir als SPD tun das nicht - im Gegenteil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau deshalb habe ich bereits bei der Einbringung dieses Antrags gesagt und wiederhole es heute gern: Dieser Antrag ist in seiner Zuspitzung unredlich - nicht, weil das Thema falsch ist, sondern unredlich, weil die CDU sehr genau weiß, dass das, was sie hier fordert, so nicht kurzfristig umsetzbar war und ist - sie wollte die Umsetzung schon zu diesem Schuljahr -, und unredlich vor allem deshalb, weil sie trotzdem den Eindruck erweckt, als müsse man es nur wollen, dann gehe es schon irgendwie. Das ist nicht ehrlich. Das wird der Verantwortung, die wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier tragen, nicht gerecht. Auch als Opposition tragen Sie Verantwortung.

Wir haben im Ausschuss sehr ausführlich darüber gesprochen, warum die Umsetzung eben nicht einfach ist: weil Schulbegleitung und Unterstützungsleistungen bundesrechtlich im Sozialgesetzbuch XIII und IX geregelt sind und weil es sich dabei um einen individuellen Rechtsanspruch handelt, den weder die Schulen noch das Land einfach schnell umsetzen können.

Ich möchte aber weiter fortfahren. Pooling-Modelle sind rechtlich nur mit Zustimmung der Eltern und unter engen Voraussetzungen möglich, Herr Fühner, und Bund, Land und Kommunen haben jeweils unterschiedliche Zuständigkeiten. Das alles ist bekannt. Das alles ist mehrfach erklärt worden. Das alles ist auch der CDU nicht erst seit gestern bewusst. Hier nun etwas Gegenteiliges zu suggerieren und dadurch bei den Schulen und Eltern falsche Erwartungen zu wecken, ist unredlich. Ehrliche Lösungen sind nur dann möglich, wenn alle rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Hürden bedacht werden. Sie hingegen befeuern Hoffnungen, die nicht so einfach erfüllt werden können.

Und ja, das fördert auch Politikverdrossenheit. Denn Eltern, Lehrkräfte und Schulen schauen sehr genau hin. Sie hören: Klassenassistenz für alle, am besten sofort! - Und sie fragen sich später: Warum passiert denn nichts? - Dann liegt die Enttäuschung nicht bei den Initiatoren solcher Anträge, sondern bei der Politik insgesamt, und das sollten wir vermeiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, politische Verantwortung heißt, zu sagen: Wir finden etwas gut, aber wir sagen ehrlich, was dafür notwendig ist und dass es auch mal ein längerer Weg sein kann. Genau das machen wir als verantwortungsvolle rot-grüne Koalition: Wir setzen uns für Pooling-Lösungen ein, wo sie rechtlich möglich sind, wir stärken multiprofessionelle Teams, und wir führen, anders als es hier teilweise suggeriert wird, die notwendigen Gespräche mit dem Bund, weil klar ist: Ohne Änderungen im Sozialrecht wird es keine verlässliche, flächendeckende Lösung geben. Deswegen geht es dort ja auch voran. Aber schön, dass Sie jetzt auch gemerkt haben, wer der Adressat ist. Wir haben auch schon ganz viel im Hintergrund gearbeitet, und die Ministerin führt ganz viele Gespräche. Deswegen geht es da ja auch voran. Es freut mich, dass Sie das jetzt auch registriert haben.

Der Antrag der CDU bleibt genau hier stehen. Er benennt ein gutes Ziel, ignoriert aber bewusst die bekannten Hürden. Er vereinfacht ein hochkomplexes System. Er verkauft ein Modellprojekt als schnelle Landeslösung. Das ist nicht verantwortungsvoll. Ich erwarte von einer Opposition gerade bei einem solch sensiblen Thema wie Inklusion mehr als das Setzen eines guten Schlagwortes. Ich erwarte Ehrlichkeit, Realismus und einen echten Willen zur Umsetzung, nicht nur Symbolik.

Deshalb gilt auch heute: Wir teilen das pädagogische Anliegen. Wir erkennen die positiven Erfahrungen aus der Praxis an. Aber wir lehnen diesen Antrag ab, weil er falsche Erwartungen weckt und keine tragfähigen Lösungen bietet. Aber lassen Sie uns gerne weiterhin an diesem Thema arbeiten!

Herzlichen Dank.